Deutscher Bundestag **Drucksache 15/2774**

15. Wahlperiode 24. 03. 2004

Antrag

der Abgeordneten Jürgen Türk, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Dr. Werner Hoyer, Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Helga Daub, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Otto Fricke, Rainer Funke, Hans-Michael Goldmann, Joachim Günther (Plauen), Dr. Christel Happach-Kasan, Klaus Haupt, Ulrich Heinrich, Birgit Homburger, Michael Kauch, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Ina Lenke, Markus Löning, Dirk Niebel, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Eberhard Otto (Godern), Detlef Parr, Cornelia Pieper, Gisela Piltz, Dr. Andreas Pinkwart, Dr. Max Stadler, Dr. Rainer Stinner, Carl-Ludwig Thiele, Dr. Dieter Thomae, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

Die Chancen der EU-Erweiterung für Deutschland nutzen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Mit der Erweiterung der Europäischen Union um zehn neue Mitgliedstaaten am 1. Mai 2004 vollendet die Europäische Union die umfangreichste Erweiterungsrunde ihrer Geschichte. Fast 15 Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges überwindet Europa endgültig die Folgen von Spaltung und Eisernem Vorhang. Am 1. Mai 2004 wird ein neues, positives Kapitel in der Geschichte des europäischen Einigungsprozesses begonnen, das für Deutschland und Europa besondere Chancen, aber auch ernst zu nehmende durch notwendige Anpassungsprozesse bedingte Herausforderungen und Risiken mit sich bringt.

Der Deutsche Bundestag betrachtet die Erweiterung als Chance, die politische Einheit Europas weiter voranzubringen.

Der Deutsche Bundestag hofft, dass Rumänien und Bulgarien der Europäischen Union 2007 beitreten können. Voraussetzung hierfür ist die Erfüllung der notwendigen Kriterien durch beide Länder, insbesondere die Umsetzung und Anwendung des Acquis. Im Hinblick darauf fordert der Deutsche Bundestag Rumänien zu größeren Anstrengungen auf.

Die Erweiterung stärkt die EU im internationalen wirtschaftlichen und politischen Wettbewerb. Sie ist die wichtigste Antwort Europas auf die Herausforderungen der Globalisierung. Mit der Erweiterung wächst die Europäische Union auf 450 Millionen Bürger und verfügt über den weltweit größten Binnenmarkt, mit neuen Chancen für wirtschaftliches Wachstum, Handelsaustausch und Beschäftigung. Insbesondere Deutschland wird hiervon profitieren. Seit Jahren wächst der Handelsaustausch Deutschlands mit den Beitrittsstaaten schneller als der Handelsaustausch mit den „alten“ Mitgliedstaaten. Neue,

dynamische Absatzmärkte sind für die deutsche Wirtschaft entstanden und haben Arbeitsplätze in Deutschland geschaffen. Die Investitionen deutscher Unternehmen in den Beitrittsstaaten steigen sprunghaft an, was Deutschland durch die Ausnutzung von komparativen Kostenvorteilen und Arbeitsteilung zugute kommt. Die noch bestehenden Übergangsfristen im Bereich der Niederlassungsfreiheit und beim Grundstückserwerb müssen regelmäßig überprüft werden mit dem Ziel, sie abzuschaffen.

Der Deutsche Bundestag sieht mit großer Sorge, dass diese Erweiterungsrunde noch nicht mit der notwendigen Vertiefung der Europäischen Union verbunden werden konnte.

Alle Fraktionen im Deutschen Bundestag haben mit großer Mehrheit den vom Europäischen Konvent am 20. Juni 2003 vorgelegten Vertragsentwurf für eine Europäische Verfassung unterstützt. Der Deutsche Bundestag bedauert, dass die Regierungskonferenz im Dezember 2003 scheiterte und diesen akzeptablen Vertragsentwurf nicht annehmen konnte. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung deshalb auf, sich intensiv dafür einzusetzen, dass der Abschluss des Europäischen Verfassungsvertrags auf der Basis des Konventsergebnisses noch vor dem 13. Juni 2004, dem Tag der Europawahlen, gelingt.

Der Deutsche Bundestag begrüßt ausdrücklich die Bemühungen der irischen EU-Ratspräsidentschaft, den festgefahrenen Verfassungsprozess wieder in Gang zu setzen.

Der Deutsche Bundestag ist besorgt, dass sich die Bundesregierung aufgrund durchsichtiger innenpolitischer Motive weiterhin mit dem Bruch des Stabilitäts- und Wachstumspaktes über europäisches Recht hinwegsetzt. Dies zerstört Vertrauen und behindert somit den erfolgreichen Abschluss des europäischen Verfassungswerkes.

Mit der Erweiterung wachsen jedoch auch die finanziellen Anforderungen an die EU. Für die deutschen Fördergebiete sind mit der Agenda 2007 finanzielle Einschnitte im Rahmen der europäischen Regionalpolitik zu erwarten, trotz nach wie vor unbefriedigender Wachstumschancen. Der Deutsche Bundestag bekennt sich eindeutig zum Solidarprinzip innerhalb der Europäischen Union. Solidarität heißt, dass die neuen osteuropäischen Mitgliedstaaten in ihrem Aufholprozess unterstützt werden. Solidarität bedeutet auch, dass die Nettozahler in den Haushalt der Europäischen Union nicht überfordert werden, und dass alle Maßnahmen, die die EU finanziert, einen europäischen Mehrwert beinhalten, so dass die Union insgesamt, Nettozahler und Nettoempfänger, davon Vorteile haben. In diesem Zusammenhang begrüßt der Deutsche Bundestag den Plan der Europäischen Kommission, nach 2007 für die Regionen, die aus der Ziel-1-Förderung der Strukturfonds herausfallen werden, Übergangslösungen zu finden (Ziel 1a).

Die Erweiterung des europäischen Binnenmarkts am 1. Mai 2004 bringt neben Positivem auch unbestreitbare Risiken und Herausforderungen, insbesondere für die mittelständische Wirtschaft in den bayerischen und ostdeutschen Grenzregionen. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Arbeitnehmer zu verbessern. Mit einer entschlossenen Vereinfachung des deutschen Steuersystems können insbesondere kleine und mittlere Unternehmen in die Lage versetzt werden, besser den direkten Wettbewerb mit den Beitrittsstaaten zu bestehen. Die Öffnung der Flächentarifverträge ist notwendig, damit Arbeitnehmer und Arbeitgeber auf die einzelnen Unternehmen zugeschnittene Betriebsvereinbarungen treffen können, um der weiteren Vernichtung von Arbeitsplätzen insbesondere im Niedriglohnsektor begegnen zu können.

Der Deutsche Bundestag sieht mit Sorge das große Gefälle auf dem Gebiet der Sozialleistungen zwischen Deutschland und den östlichen Beitrittsstaaten.

Leider wird es den Beitrittsstaaten voraussichtlich nicht gelingen, dieses Gefälle in kurzer Frist abzubauen. Solange es besteht, müssen Bundesregierung und Europäische Union Sorge tragen, dass berufliche Niederlassungsfreiheit und Freizügigkeit nicht zu unverhältnismäßig starker Einwanderung in die Sozialsysteme der wirtschaftlich stärkeren „alten“ Mitgliedstaaten führen, denn dies würde insbesondere das bereits stark belastete Sozialsystem in Deutschland weiter überfordern.

Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Union sind große Chancen für Deutschland. Wir sind aufgefordert, diese zum deutschen und zum europäischen Wohl zu gestalten.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich nachdrücklich dafür einzusetzen, dass der Europäische Rat den Verfassungsvertragsentwurf des Europäischen Konvents noch vor dem 13. Juni 2004, dem Tag der Europawahlen, annimmt. Die erfolgreiche Erweiterung der Europäischen Union um zehn neue Mitgliedstaaten und um Rumänien und Bulgarien allein auf der Basis des Vertrags von Nizza wird nicht möglich sein;
2. eine Europapolitik zu betreiben, die sich an den europäischen Zielen orientiert und die sich insbesondere beim Stabilitäts- und Wachstumspakt nicht über EU-Recht hinwegsetzt;
3. ein Konzept für eine grundlegende Neugestaltung der europäischen Strukturpolitik bei Einhaltung strikter nationaler Haushaltsdisziplin vorzulegen, in dem die Förderung der immer noch strukturschwachen deutschen Grenzgebiete im Rahmen des gemeinsamen Binnenmarktes auch nach Beginn der Agenda 2007 eine bedeutende Rolle einnimmt. Dieses Konzept muss Vorschläge zur Vereinfachung der überbürokratisierten Strukturfonds beinhalten;
4. sich dafür einzusetzen, dass die Fördermittel aus den Strukturfonds vordringlich zum Ausbau der grenzüberschreitenden oder der transeuropäischen Verkehrsnetze in Ostdeutschland und Ostbayern eingesetzt werden, um in den Grenzregionen den immens angestiegenen Verkehrsbelastungen zu begegnen;
5. sich dafür einzusetzen, dass die Europäische Union in kürzester Frist ihre neuen Außengrenzen so ausbaut und schützt, dass schnellstmöglich die Wirtschaft und Verkehr behindernden Grenzkontrollen an den deutschen Grenzen zu Tschechien und Polen wegfallen können. Die Übernahme aller Bestimmungen des Schengenraums durch die Beitrittsstaaten wird dies erlauben. Beides, der Wegfall der Personenkontrollen an den Grenzen und der Ausbau der Verkehrswege, wird entscheidend dazu beitragen, die Bürger von den Vorteilen des europäischen Einigungsprozesses weiter zu überzeugen;
6. darauf hinzuwirken, dass das Entstehen eines extremen Fördergefälles auf beiden Seiten der deutschen Ostgrenzen verhindert wird, denn falsche Anreize lassen Fehlallokationen entstehen, die zur Verlagerung von Betrieben und Unternehmen aus Deutschland führen können;
7. nach dem Vorbild der deutsch-polnischen Hochschule Viadrina in Frankfurt (Oder) und der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus durch Clusterbildung den Ausbau von Hochschulen und Wissenschaftszentren in den deutschen Grenzregionen zu fördern;
8. sich intensiv dafür einzusetzen, dass die Bürgerinnen und Bürger der Union schnellstmöglich in den vollen Genuss des Binnenmarkts und seiner Freiheiten kommen. Dies bedeutet insbesondere, dass die vom Beitrittsvertrag vorgesehenen Übergangsfristen bei der Freizügigkeit oder beim Grundstückserwerb regelmäßig mit dem Ziel, sie abzuschaffen überprüft werden;

9. endlich ein umfassendes Konzept für die Vorbereitung der ostdeutschen Regionen auf die Auswirkungen der EU-Osterweiterung vorzulegen, das genaue Zieldaten für den Wegfall der Personenkontrollen an den ostdeutschen Grenzen und den überfälligen Ausbau der Verkehrswege nach Polen und Tschechien beinhaltet;
10. durch die gründliche und umfassende Vereinfachung des deutschen Steuerrechts und durch die Flexibilisierung des Tarif- und Arbeitsrechts die Unternehmen in die Lage zu versetzen, im zunehmenden europäischen Wettbewerb besser zu bestehen und Arbeitsplätze in Deutschland halten zu können.

Berlin, den 23. März 2004

Jürgen Türk
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Dr. Werner Hoyer
Rainer Brüderle
Angelika Brunkhorst
Ernst Burgbacher
Helga Daub
Jörg van Essen
Ulrike Flach
Otto Fricke
Rainer Funke
Hans-Michael Goldmann
Joachim Günther (Plauen)
Dr. Christel Happach-Kasan
Klaus Haupt
Ulrich Heinrich
Birgit Homburger
Michael Kauch
Dr. Heinrich L. Kolb
Gudrun Kopp
Jürgen Koppelin
Sibylle Laurischk
Harald Leibrecht
Ina Lenke
Markus Löning
Dirk Niebel
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Eberhard Otto (Godern)
Detlef Parr
Cornelia Pieper
Gisela Piltz
Dr. Andreas Pinkwart
Dr. Max Stadler
Dr. Rainer Stinner
Carl-Ludwig Thiele
Dr. Dieter Thomae
Dr. Claudia Winterstein
Dr. Volker Wissing
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333